

Breslauer



Zeitung.

Nr. 3.

Freitag den 3. Januar

1851.

Telegraphische Korrespondenzen

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

London, 30. Dezember, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten.
Consols 96 1/2, 3/8 Zeit.

London, 30. Dezember, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten.
Getreidemärkte still, Zufuhren reichlich. Colonialwaaren
ruhig.

Genävi, 26. Dezember. Dem Vernehmen nach ist
die britische Flotte nach Spezia geflohen. Ein Kavallerie-
regiment machte kürzlich einen Streifzug nach dem
Inneren der Insel Sardinien und nahm eine große Zahl
von gemeingefährlichen Individuen gefangen, was ernstlichen
Eindruck auf die Bevölkerung machte.

Lissabon, 28. Dezember. Der Sekretär der sardinischen
Gesandtschaft zu Florenz, Marquis Villares, ist wegen
regierungsfeindlichen Tendenzen und bewiesenen Anheims-
fams seines Postens entsetzt worden. Dem Vernehmen
nach hätte sich das Bureau der Kammer gegen die An-
nahme des mit Frankreich abgeschlossenen Traktats in
Betreff des literarischen Eigenthums ausgesprochen.

Modena, 28. Dezember. Zur Deckung des Defizits
wird die Grundsteuer jährlich um 1/6 erhöht.

Rom, 25. Dezember. Der Papst hat aus seiner
Privatschatulle 25000 Scudi zur Restauration der
Vatikanische gewidmet.

Uebersicht.

Breslau, 2. Januar. Die Berliner Zeitungen und Korresponden-
ten beschäftigen sich jetzt viel mit dem Verhalten der preussischen
Kammern, die am 3. Januar wieder zusammentreten werden. Der
Antrag auf eine abermalige Vertagung wird höchst wahrscheinlich
keinen Anklang finden, zumal die dringenden innern Fragen zur Er-
ledigung vorliegen.

Am 29. Dezember wurde in einer Konferenz zwischen den öster-
reichischen und preussischen Kommissaren und den beiden
Kommissaren für Schleswig-Holstein die Inkraftsetzung gegen-
nach welcher letztere der schleswig-holsteinischen Statthalterchaft gegen-
über verfahren sollen. Sollte der Weg der Unterhandlungen und der
Erörterungen sich als fruchtlos erweisen, so müsse mit Zwangsmitteln
vorgegangen werden, und diese ein preussisch-österreichisches Corps von
50,000 Mann vorsetzen. Das preussische Corps solle sich bereits in
diesen Tagen in Hamburg aufstellen, während das österreichische (25,000
Mann) in Gilmärichen von Bamberg über Kassel und Hannover heran-
rückt. Die beiden Kommissare (Thümmel und Wendt) sind
bereits nach Kiel abgegangen. Dort angekommen werden sie eine Pro-
clamation erlassen. Die schleswig-holsteinische Armee soll ent-
waffnet werden, während auch die Dänen ihr Heer reduzieren. Dann sollen
in Unterhandlungen mit den Dänen die Rechte Schleswigs nach dem
Bundesbeschluss vom 17. September 1846 gewahrt werden.

Für die preussische Armee soll bis Ende März d. J. eine große
Menge Ausrüstungs- und Montirungs-Gegenstände (als z. B. Patronen-
schalen, Pelme etc.) angefertigt werden.

Die beiden Kommissare in Kurfürstentum (Kettungen und Peucker)
sollen von jetzt ab den Titel „Bundeskommissare“ führen.

Einige Blätter streuten beruhigend das Gerücht aus, daß Hasen-
pflug's Entlassung nahe bevorstehe. Statt dessen ist Herr Hasen-
pflug mit einem neuen Ministerium (des Auswärtigen) betraut worden,
so daß er jetzt das Innere und Äußere verwaltet. Die Exekutions-
Dragonaden nehmen in und um Kassel ihren Fortgang und tragen
weniger den Charakter einer strengen Regiments-Maßregel als klein-
licher Privatstrafe, da den niederen Exekutions-Beamten hierin die
freieste Hand gelassen worden ist. (S. Kassel.)

Am 5. d. M. wird die österreichische Avantgarde in Kassel
eintreffen und von da über Kassel nach Holstein marschieren.
Am 30. Decbr. war die Spitze dieser Truppen schon in Fulda.

Aus dem Fuldaer Kreise sind bereits alle Bayern abgezogen bis
auf eine Kompanie.

In Betreff der Sitzung vom 23. Dez., in welcher die Ministerial-
Konferenzen zu Dresden eröffnet wurden, haben wir jetzt voll-
ständigen Kenntnis erlangt. Das (in der gestrigen Ztg. veröffentlichte)
Protokoll dieser Sitzung hat uns mit den Reden bekannt gemacht, über
welche wir unsere Dresdener Korrespondenten, noch die Zeitungen bis
jetzt berichtet hatten. — Da bei diesen Konferenzen noch Feiertage sind,
so beschloß man, die Korrespondenten mit Schilderung der Partei-
stellung der verschiedenen Reichstheile und mit Entwidlung ihrer Vorschläge in
Bezug auf die Einigung der deutschen Verfassung. — Am 29. Dez.
langte der preussische Ministerpräsident Graf v. Bismarck und am
31. Decbr. der österr. Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg von
Berlin kommend wieder in Dresden an. Letzterer wird sich wahr-
scheinlich bald nach Wien begeben.

Ein Theil der bayerischen Armee wird in der Art aufgelöst, daß
die Truppen auf unbestimmte Zeit Urlaub erhalten.

In dem Großherzogthum Baden wird mit dem 1. Mai der Kriegs-
zustand aufgehoben.

In dem nordwestlichen Deutschland fängt man an, von dem projectir-
ten „Norddeutschen Bündnisse“ immer lauter zu sprechen.
Dasselbe soll Oldenburg, Braunschweig, Hannover, Kauen-
burg, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburger und die drei
Hansestädte umfassen. (S. Deutschland.)

Bekanntlich schied die schleswig-holsteinische Statthalterchaft vor Kurzem
dem ehemaligen preussischen Minister v. Arnim eine Denkmünze als
Zeichen der Anerkennung dessen, was Preußen unter seinem Ministerium
der Statthalterchaft gethan habe. Arnim hat in einem Schreiben
diesem Dokument für seinen Dank ausgesprochen. In diesem
Schreiben dokumentirt sich eine ächte deutsche Gesinnung und die un-
veränderliche Ansicht von dem Recht der schleswig-holsteinischen Sache.
(S. das Schreiben unter Hamburg.)

Aus Paris (von wo jetzt wenig zu melden ist) erzählt man, daß
General Lamortiere, der frühere französ. Gesandte in Peters-
burg, sich dahin geäußert habe: daß Rußland außerhalb den Gren-
zen seines Reiches nicht mehr als 150,000 Mann stellen könne. Die
größte Macht Rußlands beruhe auf der Durchdringung der Europa, wiewohl
vollständig unorganisiert, von Rußland habe, und auf seiner feinen Di-

plomatie. Man kann wohl annehmen, daß General Lamortiere bei
seiner genauen Kenntniss der Verhältnisse, die er sich am Petersburger
Hofe und in seiner Stellung wohl verschaffen konnte, ein durchaus
richtiges Urtheil gefällt hat. Wir treten der ausgesprochenen Ansicht
vollständig bei, und folgern weiter, daß Rußland aus diesen Gründen
jeden Krieg mit einer europäischen Großmacht, besonders aber mit
Deutschland, so lange als möglich vermeiden wird.

Breslau, 2. Januar.

Die Politik schwachmüthiger Resignation und schwellender
Schweigsamkeit ist unter allen Umständen verwerflich.

Der Entschluß, sich um Politik nicht mehr zu kümmern und
ruhig Alles über sich ergehen zu lassen, ist Angesichts getäuschter
Hoffnungen und vereitelter Aufregungen in der ersten Aufschau-
lung des Unmuthes schnell gefaßt, aber nur weisliche und ver-
wahrloste Naturen werden ihn auszuführen vermögen.

So wenig ein lebendes Wesen sich des Athmens entsagen
und von der Luft abgesperren kann, so wenig vermögen in unserer
Zeit Männer einen Zustandsort zu finden, in dem der Hauch des
öffentlichen Lebens seinen Weg nicht fände. Denn die öffent-
lichen Angelegenheiten haben längst aufgehört, ein Monopol der
Diplomatie zu sein, die Politik ist die Lebensluft unserer Zeit
geworden und in die feinsten Aern des Volkskörpers bereits ein-
gedrungen.

Umsonst verschließt sich der Kaufmann in sein Comptoir, der
Gewerbetreibende in seine Werkstätte, der Gelehrte in seine Stu-
die und der Landmann in seine Hütte. Ueberall hin verfolgt
sie die Politik wie ihr Schatten.

Sie fertigt dem Börsenmann den Coursettel und wehe ihm,
wenn er den jubelnden Gelächern abweisen wollte. Sie beräth
mit dem Industriellen die Ausdehnung und Sicherheit seiner
Unternehmung, zeigt ihm die Kanäle des Absatzes und deckt ihm
die Quellen seines Defizits auf. Sie tritt in lebenswarme Ge-
halt den kalten Abstraktionen des Gelehrten gegenüber und reizt
ihn, die schattenhaften Formeln seiner Forschung an ihrer unmit-
telbaren Wirklichkeit zu erproben. Und selbst dem schlichten Ar-
beiter bleibt sie in ihren allgemeinen Umrissen bei seinem Tages-
werk. — In Krieg oder Frieden kommen wir, kann
doch wohl dem nicht gleichgültig sein, welcher mit seinem Leben
erforderlichen Falls den Entscheidungen der Diplomaten Nach-
druck geben soll, und wenn sein Höchstes von ihm gefordert
wird, liegt auch die Frage: „Wofür?“ nicht allzu fern. Auch
übersteigt das Gefühl fürs Vaterland und seine Ehre nicht die
gemeine Fassungskraft, und Wenige nur möchten die Antwort
schuldig bleiben: es sei preussisch, oder lieber russisch oder öster-
reichisch sein wollen, ob Preußen frei sein oder dem Auslande
gehören soll.

Was im Volke, wenn auch unklar und verworren, lebt, das
sollen seine Organe zum geordneten Ausdruck bringen und dop-
pelt verwerflich wäre es, wenn sie in der Verzeihung am Er-
folge auch die Anstrengung und in der Voraussicht der Nieder-
lage des Rechtes auch die Pflicht seiner Verteidigung aufgeben
wollten.

Für die Presse leuchtet das Widersinnige einer solchen
Erlaubnis sofort ein. Als die ständige Volkstribüne ist ihre Existenz
und ihr Beruf unlosbar ineinandergewachsen. Sie muß die
Wahrheit sagen, muß die Dinge bei ihrem wahren Namen nen-
nen, muß von der Arbeit des Volksgeistes Zeugnis ablegen, oder
aufhören zu existiren. Ihr Amt ist es, die Ideen, die Samen-
körner der Ereignisse, fort und fort auszustreuen, und verkehrt
wäre es, ihre Arbeit nach dem vermuteten Erfolge abzumessen,
während doch der Geist und die Erkenntnis, deren Verbreitung
ihre obliegt, schließlich allein den Umfang der Erfolge bestimmt.

Die Kammern sind in gleicher Lage und haben dieselben Pflich-
ten zu erfüllen; denn sie sind das beschließende Organ des
Volkswillens, wie die Presse der Ausdruck der Volksmeinung und
der Volkswünsche sein soll.

Darum müssen auch sie ihre Pflichten ohne Rücksicht auf den
Erfolg ausüben und ihre unveräußerlichen Rechte wahren, auch
wo die Aussicht, sie geltend zu machen, nur gering ist.

Freilich Rechte können und sollen sie nicht aufwerfen und das
Gefühl haben sie nicht ungeschoren machen.

Aber von dem Boden ihres Rechtes dürfen sie keinen Fuß
breit freiwillig aufgeben und das noch nicht Verlorene müssen
sie mit kräftiger Hand festhalten.

Morgen schon werden unsere Kammern ihre Wirkksamkeit von
Neuem beginnen und es wird nicht leicht für sie sein, die des
Landes würdige Stellung zu behaupten.

Das herrschende System hat es deutlich genug gezeigt, daß
es den Wirkungskreis der Kammern auf ein möglichst enges
Gebiet beschränken und über alle großen Interessen des Staates
ohne und gegen sie entscheiden will. Es wird auch in
den Kammern nicht an Stimmen fehlen, welche ihnen
weisliche Ergebung in ihr vermeintliches Schicksal an-
rathen und sich bemühen werden, die Vertreter der Volkseehre
zu beschneiden. Hilfsarbeitern der Ministerien herbeizuführen.
Man wird den Kammern anrathen, von jedem Versuch einer
Einwirkung auf die äußere Politik abzusehen, weil das Mini-
sterium doch einmal dieselbe nach seinem eignen Belieben ent-
scheiden werde. Man wird sie bewegen wollen, freiwillig abzu-
treten, bis das Ministerium sie wieder ruft, um das unab-
dinglich gewordene Resultat seiner Verhandlungen gedorsam ein-
zuregistrieren. Wenn Jemandes wird man ihren patriotischen Eifer
auf die Rechenrampel des Budgets hinzulegen suchen und ihnen
den Segen einer praktischen Thätigkeit gegenüber den „unfrucht-
baren“ Prinzipienkämpfen, hoch anpreisen.

Wie hoffen, daß die Kammern zu dieser Selbstentwürdigung
nicht die Hand bieten werden.

Unfruchtbare Prinzipienkämpfe sollen sie nicht aufnehmen,
Unmögliches nicht verlangen. Aber die Entscheidung über die
Herrschaft eines ganzen Systems ist wahrhaftig nicht unfrucht-
bar und ein Stillstand auf dem Wege, den Preußen zur Er-
niedrigung und zum Verderben führt, ist nicht unmöglich.

Freilich nach Millionen läßt es sich nicht abschätzen, was das
gegen die Kammern aufgenommene System von Dmäh Preu-
ßen kosten kann, denn Fragen der Existenz und einer weitaus-
sehenden Zukunft entziehen sich jeder Schätzung nach Geld.
Aber die Budgets der zukünftigen Jahre würden einst Zeugnis
ablegen, welche unermeßliche Summen verloren gingen, während

die Kammern über den Ersparungen einiger Tausende für das
nächste Jahr beriethen.

Freilich verhindern können die Kammern nicht den Abschluß
unheilvoller Verträge, aber die Nation können sie vor der Mit-
schuld bewahren an dem Werke der Diplomatie. Zwingen kön-
nen sie die Minister nicht, parlamentarisch zu regieren, aber die
Karve des Scheinkonstitutionalismus können sie Handlungen
willkürlicher Einseitigkeit abreißen.

Darum dürfen die Kammern ihr Urtheil über die Politik
der Regierung nicht freiwillig zurückhalten, nachdem es
ihnen schon einmal gebieterisch abgeschnitten wurde.

Wenn die Regierung dem Verufe Preußens zu entsagen sich
geneigt zeigt, so müssen die Kammern unser Anrecht für die Zu-
kunft aufrecht erhalten. Wenn die Regierung mit der Rolle
zufrieden ist, welche Preußen jetzt spielt, so muß Deutschland
erfahren, daß noch nicht alle Faktoren des Staates die Summe
der Rechte quittiren, die Preußen zukommen, daß die Rechnung
noch nicht abgeschlossen und der auf Preußens Volk gezogene
Bescheid noch nicht acceptirt ist.

Die Geltendmachung ihres moralischen Einflusses
auf die äußere Politik ist die erste, wohl dringendste, Pflicht der
Kammern. Wir erwarten, daß sie vor ihrer Größe nicht zurück-
schrecken und die Form finden werden, die der Würde ihrer
Stellung am meisten entspricht und die Aussicht auf einigen
Erfolg am wenigsten beeinträchtigt.

Eine zweite, nicht minder dringende Pflicht der Kammern ist
die Herstellung der Freiheit der Presse und die Be-
seitigung der Verordnung vom 5. Juni.

Es darf nicht länger in Frage bleiben, ob die Verfassung
eine Wahrheit in Preußen ist. Die Regierung muß verfass-
ungsmäßig diese Verordnung den Kammern sofort vorlegen
und diese dürfen nicht den Moment abwarten, den das Mini-
sterium bequem finden wird, um ihnen zu gewähren, was sie
sich sofort zu fordern haben.

Hier handelt es sich nicht mehr um Rathschläge, Wünsche
und Ausrufen, sondern um eine ernsthafte Entscheidung. Je mehr
die Regierung den moralischen Einfluß der Kammern ignorirt,
desto unabweisbarer müssen diese ihre unantastbaren Gerechtsame
üben, um dem Umsichgreifen unparlamentarischer Tendenzen we-
nigstens nach Kräften Einhalt zu thun.

Dies der formelle Grund für die Dringlichkeit einer Entschei-
dung.

Der materielle Inhalt jener Verordnung erheischt nicht min-
der dringlich eine rasche Abhilfe.

Die Presse allein läßt sich verfassungsmäßig nicht vertagen
oder auflösen. Sie kann darum bald wieder die einzige Waffe
gegen das herrschende System werden. Die Verordnung vom
5. Juni aber stellt die Presse unter das Belieben der Pos-
selt. Ein Votum einer Kammer, und die Verordnung vom
5. Juni hat aufgehört zu gelten. Wird dieses Votum nicht
rasch abgegeben, bevor der Vertagung der Kammern vielleicht ihre
Auflösung folgt, so stehen wir wieder für Monate, entbehrt von
jeder verfassungsmäßigen Waffe, der Willkür gegenüber. Der
ernste Wille der herrschenden Gewalt reicht dann hin, um jeden
Widerpruch verflümmen zu machen.

Die Kammern können dem Willen der Regierung gegenüber
die Rednertribüne nicht behaupten, ein Wort genügt, und sie ist
geschloffen. Werden sie bei der Unsicherheit ihres eigenen Da-
seins nicht wenigstens sich selbst und uns als Vermächtnis die
Freiheit der Tribüne hinterlassen, auf welche der öffentliche Geist
sich immer von Neuem wieder stützen muß, wenn er aus allen
andern Positionen verdrängt ist?

Preußen.

Berlin, 1. Januar. Se. Majestät der König haben aller-
gnädigst geruht: dem Kreis-Kassen-Präsidenten Kallisch zu Koblenz
den rothen Adlerorden 4. Klasse, so wie dem Steuer-Aufscher
Birchölz zu Königsberg i. Pr. das allgemeine Ehrenzeichen zu
verleihen und die bisherigen Landrathskassen-Verwalter v. Schrö-
ter und v. Lieres zu Landrathen zu ernennen. — Die Wahl
des bisherigen Hilfslehrers Dr. Geiseler als ordentlichen Lehrer
an dem Friedrichs-Gymnasium zu Breslau ist genehmigt und
bestätigt worden.

Angenommen: Se. Excellenz der General-Leutnant und
Inspektor der zweiten Artillerie-Inspektion, v. Strotha, von
Kreuznach. Der Präsident der ersten Kammer, Graf v. Ritz-
berg, aus Glogau.

Berlin, 1. Januar. (Tagesbericht.) Ueber das Auftreten
der übermorgen ihre Arbeiten wieder beginnenden Kammern
läßt sich Bestimmtes noch nicht angeben. Die Linke will, so
weit sich dies aus Aeußerungen namhafter bereits eingetretener
Abgeordneter kund giebt, vorsichtig und ruhig auftreten, um die
ihnen anhangenden Fraktionen zu einer gemeinsamen Politik zu be-
stimmen und eine kompakte oppositionelle Majorität zu schaffen.
Die Adreßdebatte, so scheint es, wird man sich bei Seite lie-
gen lassen, auf einen Verfassungsvorschlag wird man jedoch nicht einge-
hen. Wie sich die Regierung den Kammern gegenüber bei
dem Wiederbeginn der Session zu stellen gedenkt, scheint einer
definitiven Entscheidung nach der morgen erfolgten Rückkehr des
Herrn Ministerpräsidenten von Dresden vorbehalten zu sein. —
Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Regierung mit einem Ver-
tragungsantrag hervortreten wird. — Der Ertrag
von den verpachteten oder administrierten Vorwerken
und dazu gehörigen Realitäten und Gerechtsamen,
welche der Staat besitzt, ist für 1851 auf 1,501,500 Thaler
angesetzt, mithin um 5,851 Thaler höher als im Jahre 1850.
Dieser Ertrag wird von 498 Pachtungen und 845 Vorwerken,
die ein Areal von 1,234,502 Morgen und 119 1/2 Q.-Ruthen
haben, aufgebracht. Für neuvermehrte Grundstücke gehen 10,626
Thaler 15 Sgr. 1 Pf. und durch höhere Verpachtung 14,991
Thlr. 26 Sgr. 3 Pf. mehr ein, als früher. Dagegen müssen
in Abzug gebracht werden: 18,029 Thlr. 26 Sgr. 4 Pf. Ertrag
von veräußerten Grundstücken und 6355 Thlr. 11 Sgr. für
Verpachtung von Domainengrundstücken in Pacht. Rechnet
man nun die Erträge von den Gebäuden und Realitäten und
die Einkünfte von den anderweitigen Gerechtsamen u. von der Ge-
sammt-Einnahme ab, so dürfte sich der Ertrag pro Morgen
der Domainengrundstücke kaum auf Einen Thaler im Durch-

schnitt belaufen. Dieser Ertrag erscheint sehr gering, wenn man
im Allgemeinen eine rationelle Bewirthschaftung der Domainen
annehmen darf. Der Grund der sehr niedrigen Pachttrüge der
Domainen ist in den langen Kontrakten zu suchen, welche
mit den Pächtern oft auf die Dauer von 25 oder 30 Jahren
abgeschlossen sind. — Das von Herrn v. Ledenberg vorbe-
reite Unterrichtsgesetz wird, wie Gutunterrichtete versichern, von
Herrn v. Kaumer allerdings einer nochmaligen Revision unter-
worfen und vor die Kammern vorerst nicht gebracht werden.
Dagegen sollen alle aus dem Ministerium des Innern hervor-
gegangenen organischen Gesetze überall und vollständig Ver-
wirklichung erlangen. So wird die allgemeine Einführung
der neuen Gemeindeordnung durch den Wechsel der Pers-
onen an der Spitze der inneren Verwaltung keine Unterbrechung
erleiden. Auch für die Mark Brandenburg wird mit den
Vorbereitungen zur Bildung des neuen Gemeinde-Instituts un-
unterbrochen vorgegangen. Wie wir schon vor längerer Zeit mel-
deten, ist dem Grafen Arnim-Woggenburg ein Kommissorium
zu diesem Zwecke übertragen. Der Graf hat dasselbe angenom-
men, und es ist nunmehr unter dem Vorsth des Regierungsprä-
sidenten Freiherrn v. Metternich die nach Anordnung des Ge-
setzes zu bestellende Kommission für den Regierungsbezirk
Potsdam durch die Ernennungen des Ministers gebildet und
die Zusammenfassung der Kommission durch das Amtsblatt pub-
licirt worden. Nach der Vorschrift des Gesetzes, nach der frü-
heren kreisständischen Gliederung aus Vertretern der Ritterchaft,
v. Wintterfeld und als Stellvertreter die Grafen Solms-
Baruth und Häseler. — Bekanntlich haben die deutschen
Regierungen sich verpflichtet, der dänischen Regierung
die in Jütland während des Feldzuges von 48 ge-
machteten Natural-Requisitionen zu vergüten. In der
bekannten Konvention wurde die Entschädigung auf 165,000 Tha-
ler festgesetzt, und Preußen übernahm diesen Betrag vor-
schüssweise zu leisten. Diese Leistung ist zum größten Theile
erfolgt, ohne daß die preussische Regierung bis jetzt die Erfassung
der verlegten Antheile erhalten hat. Die hannoversche Regierung
soll bis jetzt allein den ihr betreffenden Antheil — etwa 6 bis
7000 Thlr. — erstattet haben, obgleich seit geraumer Zeit die
sämmlichen beteiligten Regierungen aufgefordert sind, diese Ver-
bindlichkeit zu tilgen. (C. B.)

Der Präsident der zweiten Kammer, Herr Graf von Schwa-
rin überreicht der Const. Zeitung die nachfolgende Erklärung:

„Mehrere Zeitungen, haben eine Aeußerung erwähnt, die ich dem
Herrn Minister von Mantuffel gegenüber in Bezug auf die als
müßiger Konferenz gehend habe soll. — Nicht meiner Person,
sondern meiner amtlichen Stellung wegen erkläre ich hiermit, daß
sie nicht von mir gethan. Schon früher war ich veranlaßt,
zu erklären, daß ich, nachdem der Herr Minister der Ver-
sammlung der Abgeordneten in meiner Amtswohnung Mittheilung von
dem Resultat der otmüger Konferenz gemacht, mich dahin aus-
gesprochen habe, daß ich dies Resultat für kein glückliches halten
könne. — Ich habe diese Meinung weitläufiger motivirt, indem
ich die Konsequenzen entwickelte, die sich, meiner Auffassung nach,
für unsere innere wie für unsere auswärtige Politik daraus knüpfen
müssen; daß ich dabei im Ausdruck lebhaft gewesen bin, mag
sein, die mit in den Mund gelegten oder auch nur denen ähn-
liche Worte habe ich nicht gebraucht. Wahrscheinlich hat zu der
Zeitungsnotiz eine Aeußerung Veranlassung gegeben, die ich vor
dem Erscheinen des Herrn Ministers im Gespräch mit einigen
Abgeordneten gethan und die, soweit ich mich erinnere, dahin
ging, „daß ich mich lieber in Stücke reißen lassen wollte, als
durch mein Votum meine Zustimmung zu dem Verfahren der
Regierung in Hefen geben.“ — Puzar, 29. Dezember 1850.
— Graf von Schwerin.“

Dem Vernehmen nach soll in diesen Tagen beim Ministerio
des Innern angefragt worden sein, nach welcher auswärtigen
Jrenanstalt Eseloge gebracht werden dürfte. Aus dieser An-
frage scheint hervorzugehen, daß die Aerzte denselben für völlig
unzurechnungsfähig erklärt haben, der Staatsanwalt auf Er-
hebung einer Anklage verzichtet und die Rathskammer des Stadt-
gerichts sich hiermit einverstanden erklärt hat. (N. B.)

Zur besseren Verpflegung will man jetzt die auf den Dörfern
herumliegenden Truppen nach der Stadt verlegen.

Nach allen Vorbereitungen, die jetzt getroffen werden, steht hier
die Eröffnung der bei der Mobilmachung geschlossenen Krieges,
sowie der Artillerie- und Ingenieurschule nahe bevor. (D. Ref.)

Der Fürst von Windischgrätz ist von Prag, Baron de
Barosa, kaiserl. brasilianischer Kriegsminister, von Hamburg,
und Graf v. Moltke-Hofefeld, d. dänischer Kabinetts-Courier,
von Kopenhagen hier angekommen. (B. B.)

Die Einführung und allgemeine Organisation der
Rentenbanken steht sicherem Vernehmen nach in kürzester Frist
bevor. Daß die Formulare zu Rentenbriefen, und zwar im Be-
trage von 180 Millionen Thaler, bereits gedruckt werden, ist uns
längst berichtet worden. Die Auseinandersetzungs-Verfahren sind
von dem Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten im
Interesse eines leichteren Geschäftsverkehrs bei den Rentenban-
ken gleichfalls instrumirt worden. Namentlich ordnet eine kürzlich
ausgegangene General-Kommissionen und an die landwirthschaft-
lichen Regierungs-Abtheilungen erlassene Circular-Verfügung eine
gewisse Gleichförmigkeit bei Entwerfung der Ablösungs- und Re-
gularisations-Regel für die Fälle an, in welchen die Rentenbanken
benutzt werden sollen. Die Auseinandersetzungs-Verfahren sind
durch jene Verfügung von denjenigen Bestimmungen, die sich in
allen Rezeissen der Art vorfinden müssen, in Kenntniss gesetzt und
zugleich aufgefordert worden, für ihren Geschäftsbetrieb unter Ver-
rückichtigung der in demselben vorkommenden partikularen Ver-
hältnisse Formulare nach Maßgabe der neuen Ablosungs- und Re-
gularisations-Regel zu entwerfen und zur Prüfung bei dem Ministerium einzu-
reichen. Zur Vereinfachung der tabellarischen Zusammen-
stellungen hat das Ministerium sogenannte Rechenrechte auf-
stellen und der Behörde zustellen lassen. (D. Ref.)

Koblenz, 30. Decbr. [Der Prinz von Preußen] ist
heute von hier nach Berlin zurückgereist. Die auch diesmal vers-

